

18/SN-188/ME



aktiv für Sie

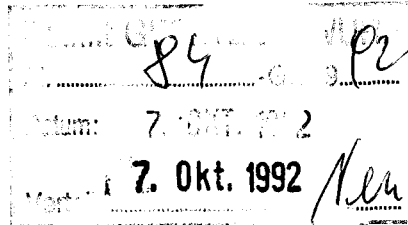
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer  
für Arbeiter und AngestelltePräsidium des Nationalrates  
Dr-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 50165



Ihr Zeichen

-

Unser Zeichen

AR-ZB-1311

Durchw. 2265



Datum

2.10.1992

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985  
hinsichtlich der Regelungen über die  
Säumnisbeschwerde geändert wird  
S t e l l u n g n a h m e

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte übersendet 25 Exemplare ihrer  
Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen  
Information.

Der Präsident:



Der Direktor:

iA

Beilagen

*aktiv für Sie*

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

Bundeskammer  
für Arbeiter und AngestellteAn das  
BundeskanzleramtBallhausplatz 2  
1014 W i e n

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1041 Wien, Postfach 534

☎ (0222) 501 65

Ihr Zeichen

601.457/2-  
V/1/92

Unser Zeichen

AR/Pa/B/1311

☎ Durchwahl 2265

☎ FAX 2230

Datum

23.9.1992

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungs-  
gerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen  
über die Säumnisbeschwerde geändert wird

Die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte erhebt gegen den  
vorliegenden Entwurf keine Einwendungen.

Zu § 27 Abs.2 wird jedoch angeregt:

Sollte das in dieser Bestimmung angesprochene Nachprüfungsver-  
fahren nach dem Bundesvergabegesetz nicht in die in Aussicht  
genommene Zuständigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit über-  
tragen werden, wodurch die gegenständliche Regelung ohnedies  
obsolet werden würde, wäre folgende Ergänzung anzubringen:

"Abs.1 zweiter und dritter Satz ist sinngemäß anzuwenden."

Der Präsident:

Der Direktor:  
iV

